

624/AE XXI.GP

Eingelangt am: 28.02.2002

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Evelin Lichtenberger, Petrovic, Freundinnen und Freunde

betreffend Schaffung einer Spezialeinheit zur internationalen Ermittlung in Sachen Wirtschafts- und Sozialkriminalität

Der Frächterskandal hat neben einer Vielzahl unerfreulicher Zusammenhänge und Details aus einer Branche, die laut Branchenvertretern angeblich zu 15 bis 80 % aus „Schwarze Schafen“ besteht, auch einige Schwächen auf Seiten von Politik und Verwaltung offengelegt. So wurde einmal mehr die beschämende Tatsache aufgezeigt, daß es in Österreich weithin an Koordination, Kooperation und vor allem an personeller und finanzieller Ausstattung im Bereich der Kontrolle des Straßengütertransports und dort insbesondere an den Stellen, wo tatsächlich die groben Verstöße geschehen, mangelt. Speziell mit der Eingliederung in das Wirtschafts- und Arbeitsressort wurden wesentliche Möglichkeiten der zentral relevanten und ohnedies personell unterdotierten Arbeitsinspektion beschnitten. Nicht zufällig mußten schlußendlich Behörden und Ermittlungseinheiten aus dem benachbarten Ausland tätig werden, um endlich auch in der Fläche und nicht nur dort, wo extrem engagierte und couragierte Ermittlerpersönlichkeiten tätig sind, die Decke von den unhaltbaren Zuständen der Frächterbranche zu ziehen.

Ein ganz zentraler Mangel scheint zu sein, daß es - im Gegensatz beispielsweise zur deutschen Situation - bei Vorliegen einer Vielzahl „einschlägiger“ Einzeldelikte, die auf großangelegten internationalen Sozialbetrug hindeuten, keine Gruppe/Einheit gibt, die eigeninitiativ internationale Ermittlungen in Sachen Wirtschafts- und Sozialkriminalität *aufnehmen könnte*.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Wirtschafts-, der Sozial-, der Innen- und der Verkehrsminister mögen dringend

- eine Spezialeinheit zur internationalen Ermittlung in Sachen Wirtschafts- und Sozialkriminalität, die insbesondere der Zustände im international tätigen Straßengütertransport kurzfristig Herr werden kann, einzurichten;
- diese mit den nötigen Vollmachten, Mitteln und personellen Ressourcen ausstatten und
- dem Nationalrat über die Umsetzung dessen ehestmöglich berichten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für innere Angelegenheiten vorgeschlagen.